

Der Bischof soll zurücktreten!

Umgang mit Missbrauchsofper

Zu „Fall Weissenfels: Anwalt des Bischofs holt vor Gericht zur Gegenattacke aus“ (TV vom 24. März):

Ich dachte, ich lese nicht richtig und hab dann noch mal gelesen. Dass sich der Herr Bischof nicht schämt. Erstens war er zwölf Jahre Missbrauchsbeauftragter und müsste in dieser Zeit soviel Sensibilität entwickelt haben, dass er den Klarnamen eines Missbrauchsofper (Weissenfels ist ein Pseudonym, Anmerkung der Redaktion) nicht öffentlich nennt. Zweitens hat Kardinal Marx vor acht Jahren 97 000 Euro und im Jahr 2021 500 000 Euro für Missbrauchsofper gespendet. Ein Bischof hat nach meiner Kenntnis ein monatliches Einkommen von mindestens 8000 Euro, und da stellt sich Herr Ackermann wegen 20 000 Euro quer und zieht vor Gericht. Dann noch die Aussage von seinem Anwalt Legerlotz, Frau Weissenfels vorzuwerfen, ihre Behauptungen seien „das Schlimmste, was man einem Bischof vorwerfen“ könne. Und dadurch sei Herr Ackermann nun traumatisiert. Welche Behauptungen das sein sollen, wurde nicht konkretisiert. Da möchte ich Thomas Jefferson zitieren: „Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit kann von alleine aufrecht stehen.“ Herr Ackermann soll sich ein Beispiel an Bischof Bode nehmen und zurücktreten, bevor er noch mehr Unmut, Ärger, Enttäuschung und Unverständnis erzeugt.

Margret Beicher, Niersbach-Greveraht

Fachkräftemangel: Reicht ein Gesetz?

Fachkräftemangel ist in Deutschland kein neues Phänomen. Schon heute fehlen zahllose Alten- und Krankenpfleger, Erzieher, aber auch KFZ-Mechaniker und Heizungstechniker. 2022 blieben rund zwei Millionen Stellen in Deutschland unbesetzt. Und die Zahl wird rapide steigen, wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht. Deshalb soll Deutschland attraktiver für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland werden. Ein Entwurf zur Reform des Fachkräftewanderungsgesetzes wurde vom Kabinett beschlossen. Ist das Problem damit beseitigt? Das fragt sich offenbar unser Karikaturist Roland Grundheber auch.

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER



Bundesländer reduzieren und mehr Kompetenzen für den Bund schaffen, zum Beispiel im Schulwesen

Föderalismus

Zu den Artikeln „Bildungsgipfel: Länder lassen Ministerin im Regen stehen“ (TV vom 15. März), „Das 49-Euro-Ticket nimmt die letzte Hürde“ (TV vom 1. April), „Reform beschlossen: Bundestag soll schrumpfen“ (TV vom 18. März) und anderen:

Was eigentlich dazu gedacht war, Machtausübung zu kontrollieren und Alleinherrschaft zu verhindern, steht in letzter Zeit innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik immer stärker in der Kritik: der Föderalismus. Er gilt vielen als Ursache für mangelnde Effizienz der politischen Ent-

scheidungen, für Blockaden und Verhinderung von Reformen. Der Flickenteppich bei den Problemlösungsversuchen in der Corona-Krise, die Misere im Bildungswesen, der Ausbau der alternativen Energien, selbst das 49-Euro-Ticket und soziale Verbesserungen wie Abschaffung von Hartz IV und die Krankenhausreform werden immer wieder durch Streitereien zwischen dem Bund und den Ländern behindert beziehungsweise verwässert. So wünschen 75 Prozent der Bundesbürger laut Politbarometer mehr Einfluss des Bundes in der Bildungspolitik. Aber die meisten Bundesländer verzichten auf die

Teilnahme an einem Bildungsgipfel, den die Bundesregierung veranstaltete, weil sie fürchten, der Bund könnte zu viel Einfluss in der Bildungspolitik anstreben. Ein anderes Beispiel: Das 49-Euro-Ticket wird durch viele in den Ländern geplante Sonderregelungen in der Kleinstaaterei zerpfückt, sodass von einem Deutschland-Ticket keine Rede mehr sein kann. In Bayern sind im Oktober Landtagswahlen, da wird Herr Söder alles seinem Credo unterordnen: „Zuerst kommt Bayern, dann noch mal Bayern und dann schau'n wir mal.“ Und Landtagswahlen sind immer irgendwo, also auch Wahlkampf

und Populismus. Wenn dann zudem die Opposition gegenüber der Ampel-Koalition die Muskeln spielen lassen will und ihr die eigene Profilierung und Stimmungen bei Meinungsumfragen wichtiger sind als die Umsetzung positiver Vorhaben zum Wohl der Bürger, dann ist der Föderalismus eher ein Fortschritt-Verhinderungsinstrument. Berücksichtigt man die Befugnisse der europäischen Institutionen auf vielen Feldern der Politik, so ergeben sich also vier Ebenen, auf denen politisch entschieden wird: Kommunen, Länder, Bund und EU. Oft führt das dann zur Verschiebung von Verantwortung für

Rufer in der Wüste

Tarifstreit

Zu: „Die Gewerkschaften sind auf dem Ego-Trip“ (TV, 31. März):

Es gibt sicher Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst, die gut besoldet werden. Aber man sollte differenzieren. Angestellte in sozialen und medizinischen Bereichen gehören nicht dazu. Dazu diejenigen, die für Sauberkeit und Ordnung sorgen. Und dann die Drohung, der Tarifaabschluss könnte die Bürger, Gebührenzahler, Steuerzahler treffen. Die vorhandenen Steuergelder sollten vernünftig eingesetzt werden. Siehe die Berichte der Rechnungshöfe und des Bundes der Steuerzahler. Aber die sind auch nur Rufer in der Wüste.

Edmund Bohr, Baldringen

politische Entscheidungen und trägt damit bei Bürgern zur Politikverdrossenheit bei. Diese zeigt sich unter anderem bei der abnehmenden Wahlbeteiligung bei EU-Parlamentswahlen, bei Bundestagswahlen und besonders bei Wahlen für Länder- und Kommunalparlamenten. Eine Verfassungsänderung mit einer Neuordnung und Reduzierung der Bundesländer und mit einer Kompetenzerweiterung des Bundes, zum Beispiel im Schulwesen, sollte vorrangig auf die politische Agenda.

Ernst Geilenkirchen, Kelberg

Was ist das für eine Kultur der Ignoranz, in der amerikanische Schulen zu Festungen werden!

US-Waffengesetze

Zum Artikel „Entsetzen nach Bluttat an US-Grundschule“ (TV vom 29. März):

Nun ist es also wieder geschehen – diesmal in Nashville, Tennessee –, dass eine Grundschule zur Zielscheibe eines Amoklaufs wurde mit sechs Toten, darunter drei Kindern. Es ist erschreckend und blamabel, dass das Weiße Haus öffentlich zugeben muss, dass „in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr Schülerinnen und Schüler durch Schusswaffen ums Leben gekommen sind als Polizisten und Soldaten im

aktiven Dienst zusammen“. Was ist das für eine Kultur der Ignoranz, in der amerikanische Schulen zu Festungen werden und Lehrer sich bewaffnen müssen, um sich Massenmördern in den Weg zu stellen, was hier jedoch nicht geschehen ist. Es ist ja nicht nur die allmächtige Waffenlobby NRA (*National Rifle Association, starker Waffenlobbyist in den USA, Anmerkung der Reaktion*), die stets gleichförmig und stereotyp auf den zweiten Zusatzartikel der Verfassung rekurriert, um beharrlich am lukrativen privaten Waffenverkauf und -besitz festzuhalten. Es ist

vor allem auch der waffenstarrende und vorwiegend republikanische Teil der Amerikaner, der stets ebenso stereotyp wie einfallsarm das immergleiche Argument vorbringt. Das Second Amendment (Zweiter Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten) wirkt heute wie aus der Zeit gefallen. Es ist aus europäischer Sicht ein Relikt des späten 18. Jahrhunderts. Etwa zur gleichen Zeit erweiterten die Franzosen ihre im Ursprungstext 17 Artikel umfassende Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte um weitere 18 Artikel. Artikel 28 besagt:

„Eine (gegenwärtige) Generation hat nicht das Recht, zukünftige Generationen ihren Gesetzen zu unterwerfen.“ Hieraus wird offenkundig, dass das Gegenwärtige sich dessen bewusst ist, bald selbst der Vergangenheit anzugehören und es somit seine Gültigkeit verlieren kann. Mit anderen Worten: Dieser Satz weist auf das ständige Grundrecht des souveränen Volkes hin, die Verfassung zu ändern, um sie den Verhältnissen von Gegenwart und Zukunft anzupassen. Vor 230 Jahren waren die Franzosen also viel klüger als die Amerikaner von heute.

Auch wenn infolge lautstarker Proteste waffenüberdrüssiger amerikanischer Bürger nach den jüngsten Schulmassakern einige leichte, aber unwesentliche Schritte des Kongresses vorgenommen wurden, die Waffengesetze zu verschärfen, werden wahrscheinlich noch etliche Schulmassaker, Anschläge und Amokläufe geschehen, bis vielleicht in ferner Zukunft einmal die Nation als ganze begreift, wie obsolet ihr Festhalten an dem antiquierten Zweiten Zusatzartikel ist.

Günter Richter, Konz

Wo soll das Geld für die Tarifierhöhung denn herkommen?

Tarifstreit

Zu „Die Gewerkschaften sind auf dem Ego-Trip“ und „Schlichtung für den öffentlichen Dienst eingeleitet“ (beide im TV vom 31. März):

Vorab möchte ich feststellen, dass ich weder Unternehmer noch Beamter bin. Ich war ein Angestellter und bin seit einigen Jahren Rentner. Auch möchte ich klarstellen, dass ich als ehemaliger Arbeitnehmer der Meinung bin, dass viele Mitarbeiter vieler Sparten unterbezahlt sind und eine gerechtere Entlohnung verdient hätten. Dies gilt besonders für Berufe wie Kranken- und Altenpfleger, Erzieher aber auch

für Arbeitnehmer in vielen anderen Dienstleistungsbereichen. Von einer Vereinbarung profitieren jedoch alle Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Dazu gehören auch viele Arbeitnehmer in den maßlos aufgeblähten Behörden, die einen sicheren Arbeitsplatz haben und sich keine Sorgen über die nächste Gehaltszahlung machen müssen. Was jedoch die Gewerkschaften Verdi und EVG (*Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Anm. der Reaktion*) zurzeit veranstalten, ist ein Anschlag auf die deutschen Bürger. Rücksichtlos und von der Höhe der Forderung total abgehoben, wird

das ganze Land lahmgelegt. Das hat mit einem Warnstreik nichts mehr zu tun. Betroffen sind Arbeitnehmer, Schüler, Kindergartenkinder und ihre Eltern, Unternehmen, kurzum Bürger aus allen Bereichen der Bevölkerung. Dabei setzt die Gewerkschaft bewusst die Bereiche auf null, die dem arbeitenden Volk besonders weh tun. Ob Kindergärten, öffentlicher Personenverkehr oder Flugverkehr, mit dem Arbeitnehmer in den Urlaub reisen wollen. Ein Streik in den Ämtern und Behörden würde dagegen vielleicht kaum auffallen. Eine Forderung von mehr als zehn Prozent beziehungsweise

mindestens 500 Euro ist in Zeiten von extremen Krisen ein Skandal. Was sollen denn Bürger tun, die als Geringverdienender, Arbeitslose oder Rentner von einem solchen Zuschlag nur träumen können? Nun sollen die Renten in diesem Jahr um etwas mehr als vier Prozent steigen. Was tun die genannten Bürger nun, die mit ihren Einkommenssteigerungen, wenn es überhaupt welche gibt, weit unter der Forderung von Verdi und weit unter der Inflationsrate liegen? Sollen diese Leute auch alle streiken? Bei allem Verständnis für Arbeitnehmerrechte: Was die Funktionäre

der Gewerkschaft hier betreiben, ist unverschämt. Profitieren sie etwa selbst davon? Für meine Begriffe ist es höchste Zeit, diesem Treiben die Grenzen aufzuzeigen. Das Streikrecht wird missbraucht, und das ist inakzeptabel. Die nächsten Akteure stehen wahrscheinlich schon in den Startlöchern. Abschließend möchte ich die Frage stellen, wo das Geld für die Tarifierhöhungen für den öffentlichen Dienst herkommen soll. Die Spirale über Gebühren- und Steuererhöhungen wird sich dann noch schneller drehen.

Wolfgang Stein, Monzelfeld

Das können viele Bürger sich nicht leisten

Energiepolitik

Zu: „Habeck stellt Milliardenförderung für Heizungstausch in Aussicht“ (TV, 10. März) und „Ampel rudert beim Heizungstausch zurück“ (TV, 4. April):

Den Plan der Ampelkoalition, den Neueinbau von reinen Öl- und Gasheizungen (keine Hybridlösungen) schon ab 2024 umzusetzen, kann ich nur als Aprilscherz deuten. In vielen Bestandshäusern ist es nicht möglich, ohne energetische Sanierung auf Wärmepumpen zu wechseln. Außerdem haben Wärmepumpen derzeit eine Lieferzeit von vielen Monaten; Handwerksbe-

triebe können aufgrund von Facharbeitermangel die Kunden nicht zeitnah bedienen. Ich selbst habe neun Monate auf den Einbau einer Wärmepumpe vom Auftrag bis zur Ausführung gewartet. Und dann ist eine Wärmepumpe bei den heutigen Strompreisen nur rentabel in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage mit Stromspeicher. Dann reden wir mal von rund 50.000 Euro ohne die Sanierung des Hauses. Das können viele Bürger sich nicht leisten. Eine Förderung einer Photovoltaikanlage haben wir nicht bekommen, die Einspeisevergütung von sechs

Cent pro Kilowattstunde rechnet sich nicht im Verhältnis zu den Anschaffungskosten, außer man nimmt einen Stromspeicher dazu (Kosten je nach Größe 10.000 Euro). Für diesen Speicher gab es eine Landesförderung; dieser Fördertopf ist derzeit leer. Das angebotene Darlehen bei der KfW ist für mich keine Förderung, es erleichtert lediglich die Anschaffung. Den Wegfall der Mehrwertsteuer beim Photovoltaikanlagen-Kauf gibt es erst seit 1. Januar 2023. Wer seine Anlage vorher installiert hat, hat nichts davon. Wie will Deutschland den zukünftigen

Strombedarf herstellen? Es will sich künftig atomstromfrei machen, bezieht aber jetzt schon Atomstrom, unter anderem aus Frankreich und Tschechien, Großbritannien, Finnland und China bauen neue Atomkraftwerke. Eingekaufter Atomstrom scheint da eine saubere Lösung zu sein. Herr Scholz fordert, bis 2030 vier bis fünf neue Windräder am Tag in Deutschland zu installieren. Aber aus der Industrie kommen Warnungen vor einer Abhängigkeit von China bei der Windenergie. Das Land liefert viele Komponenten, und zwei Drittel der 15 größten Hersteller von Windturbinen

kommen aus China. Es ist das Land nach Russland, von dem wir uns derart abhängig gemacht haben. Allein China entscheidet, was es uns liefert. Und das Verhältnis zu China ist zurzeit sehr angespannt. Bis die deutsche Industrie soweit ist, mehr Unabhängigkeit zu schaffen, dauert es Jahre. Wohl alle deutschen Bürger sind für Klimaschutz und erneuerbare Energien, aber solange sich in Berlin die Fraktionen hierüber streiten, wer das beste Konzept hat, wird Deutschland noch lange Atomstrom aus anderen Ländern benötigen.

Marcel Schanen, Gusterath

Zuwanderung auch für Ungelernte?

Einwanderungsgesetz

Zu „Schnellere Visa-Verfahren für Fachkräfte“ (TV vom 29. März):

Es ist sicher eine gute Idee, die Visa-Verfahren für Bewerber aus Drittstaaten, seien sie nun aus Indien/Pakistan etcetera oder den Westbalkanstaaten, zu vereinfachen. Wir brauchen qualifizierte Fachkräfte, wobei der Schwerpunkt natürlich auf „qualifiziert“ liegen muss. Eine Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Diplome sollte mit dazugehören. Was ich allerdings nicht verstehe: Neue Zuwanderungsmöglichkeiten soll es auch für ungelernete Arbeitskräfte geben, wenn dafür in bestimmten Branchen ein Bedarf gesehen wird. Wieso denn das? Wir haben inzwischen eine große Zahl von ungelerten Kräften im Land. Da wäre es doch angesagt, diese anzulernen und auszubilden, anstatt neue anzuwerben. Und wir haben auch viele Schulabgänger ohne Schulabschluss, die mit entsprechender Unterstützung ebenfalls in den Arbeitsmarkt eingebunden werden könnten. Auch hier liegt ein enormes Potenzial, das nur unzureichend genutzt wird – aus welchen Gründen auch immer. Da ist die Anwerbung von weiteren ungelerten Arbeitskräften ja wohl kontraproduktiv.

Franziska Oyono, Trier

HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser! Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwahrend zu kürzen. Die Einsender sind damit einverstanden, dass Name und Wohnort in der Zeitung veröffentlicht werden. Geben Sie bitte Adresse und Telefonnummer an. Kontakt: E-Mail: leserbriefe@volksfreund.de; Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier.

Produktion dieser Seite: Ulrike Löhnerz/Ilse Rosenschild